

«Wahl wird sehnsüchtig erwartet»

KEBILI. In Tunesien finden morgen die ersten freien Wahlen statt. Gewählt wird eine verfassunggebende Versammlung, die den Weg für ein demokratisches System ebnen soll. Nach Ansicht von Beobachtern sind die Wahlvorbereitungen positiv verlaufen.

PHILIPP HUFSCHMID

Am 17. Dezember 2010 zündete sich der Gemüsehändler Mohammed Bouazizi in Sidi Bouzid selbst an. Mit seinem Protest gegen die Behördenwillkür in Tunesien löste er nicht nur in Tunesien eine Protestbewegung aus, die zum Sturz des Autokraten Zine al-Abidine Ben Ali führte. Bouazizi wurde auch zu einem Wegbereiter der Aufstände in anderen Ländern der arabischen Welt. Was an jenem Dezembertag noch unvorstellbar war, wird knapp ein Jahr später Realität: Am Sonntag findet die erste freie Wahl in Tunesien statt. Gewählt wird eine verfassunggebende Versammlung, zu deren Aufgaben eine grundlegende Verfassungsreform, die Wahl eines Übergangspräsidenten und die Vorbereitung von Parlaments- und Präsidentschaftswahlen gehören.

«Die Wahl der verfassunggebenden Versammlung wird in Tunesien sehnsüchtig erwartet», sagt Elisabeth Braune, die für die deutsche Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Tunis arbeitet. Die im April eingesetzte unabhängige Wahlkommission habe bisher gute Arbeit geleistet. Es seien grosse Anstrengungen unternommen worden, um möglichst viele Bürger für die Wahl zu registrieren und zu mobilisieren. Die Bevölkerung sei mit einer gross angelegten Kampagne umfassend über die Modalitäten der Wahl informiert worden. «Es sind sogar SMS verschickt worden mit der Nummer einer Hotline für Fragen, wie beispielsweise, wo sich das zuständige Wahllokal befindet.»

Einigung auf gutes Wahlgesetz

Die Vorbereitungen seien sehr transparent abgelaufen, konstatiert Braune. Auf der Homepage der Wahlkommission hätten sich Kandidierende, Journalisten und Wahlbeobachter registrieren können und das Wahlprozedere sei dort vollständig beschrieben. Unregel-



Aufbruchstimmung in Tunesien: Bei den ersten freien Wahlen wird eine Wahlbeteiligung von über 80 Prozent erwartet. Bild: key

mässigkeiten im Zusammenhang mit der Wahl könnten direkt der Wahlkommission gemeldet werden.

Als «ganz erstaunlichen Prozess» bezeichnet Andreas Gross die Entwicklungen, die nicht einmal ein Jahr nach dem Sturz Ben Alis die Wahl einer verfassunggebenden Versammlung ermöglichen. Lobend äussert sich der Zürcher SP-Nationalrat und Leiter der Wahlbeobachtungsmission des Europarats über das neue Wahl- und Parteiengesetz, auf das sich Vertreter aus sämtlichen an der Revolution beteiligten Gruppierungen geeinigt haben. Positiv sei insbesondere, dass Angehörige des Regimes von Ben Ali nicht kandidieren dürfen, die Ausgaben für Wahlwerbung beschränkt wurden und 50 Prozent der Kandidierenden auf jeder Wahlliste Frauen sein müssen. «Es ist auffällig, wie gut der politische Transformationsprozess verläuft», sagt Gross, der seit 1995 bereits zum 58. Mal

Wahlen beobachtet. Der Grund für den Ausnahmefall Tunesien sei das gute Bildungssystem. «Der hohe Bildungsstandard zeigt sich in der höchst bemerkenswerten politischen Reife der Bevölkerung.» Im Unterschied zu den ehemals kommunistischen Staaten, wo sich die Nomenklatura unter dem Deckmantel der Demokratie Privilegien habe sichern wollen, finde in Tunesien ein fairer Wettbewerb um politische Ämter statt. Hoffnungsvoll stimmt Gross auch die erwartete Wahlbeteiligung von über 80 Prozent.

Gemässigte Islamisten vorne

Welche der mittlerweile weit über 100 Parteien hat denn die besten Wahlchancen? Elisabeth Braune von der FES in Tunis weist darauf hin, dass die Resultate der Umfragen zum Wahlausgang erheblich voneinander abgewichen seien. Sie geht aber davon aus, dass die gemässigte islamistische Partei

Al-Nahda mit 20 bis 25 Prozent am meisten Stimmen machen wird, gefolgt vom Parti démocrate progressiste, der eine Mitte-Links-Politik verfolgt und zuletzt scharfe Kritik an den Islamisten übte. Das sozialdemokratische «Forum démocratique pour le travail et les libertés» sieht sie als drittstärkste Kraft knapp dahinter. Aufgrund des Wahlsystems, das kleine Parteien bevorzuge, sei aber davon auszugehen, dass zahlreiche weitere Parteien in der 217 Sitze umfassenden verfassunggebenden Versammlung vertreten sein werden.

Obwohl vorgeschrieben ist, dass auf den Wahllisten ebenso viele Frauen wie Männer kandidieren, erwartet Braune keine Geschlechterparität im gewählten Gremium. Denn das Wahlsystem führe tendenziell dazu, dass die Spitzenkandidaten gewählt würden. Und diese seien meist Männer. Eine Frau stehe lediglich auf 292 von über 1400 Wahllisten auf Platz eins.

Wählen am Rand der Wüste

In Dergine hat diese Woche die Dattelernte begonnen. Die südwestlich von Kebili gelegene kleine Oase ist eine der letzten Ortschaften, bevor das Sandmeer des Erg Oriental im Süden Tunesiens beginnt. Zwei Jugendliche klettern flink auf eine grosse Dattelpalme, um deren pralle Rispenbündel eines nach dem andern abzusägen und behutsam hinabzureichen. Daneben prüft eine Gruppe junger Männer die Qualität der bereits geernteten Rispenbündel und sondert minderwertige Datteln aus. Alle hätten sie sich als Wähler registriert, sagen sie. Und sie sind stolz darauf, dass sie morgen an den ersten freien Wahlen in Tunesien teilnehmen können. «Nach der Revolution müssen wir schauen, dass sie auch erfolgreich sein wird», erklärt einer von ihnen. Wählen wollen sie entweder die gemässigte islamistische Partei An-Nahda oder den Kongress für die Republik von Moncef Marzouki, dem früheren Vorsitzenden der tunesischen Menschenrechtsliga und Dissidenten zur Zeit des damaligen Präsidenten Ben Ali.

Alle wollen wählen gehen

Fast alle sind sie noch ledig, weil ihr Einkommen nicht zur Familiengründung reiche. Im benachbarten Palmengarten ist eine Handvoll älterer Männer dabei, die geernteten Datteln in Kisten zu schichten. Auch sie wollen ausnahmslos ihre Stimme abgeben. Wie zum Beweis zeigt einer die Bestätigung seiner Wahlregistrierung vor. Und sein Kollege, der Marzouki unterstützen will, erklärt, es sei gut, dass sie endlich wählen könnten. Etwas später erzählt ein anderer Dattelpflucker, wenige Stunden zuvor habe ein Vertreter der Partei von Marzouki hier um Stimmen geworben. Er selber habe sich aber auch an der für die Wahlplakate reservierten Hausmauer im Ort über die Wahlen informiert. Auf die entsprechende Frage versichert er, dass auch seine Frau an die Urne gehen wolle. Wem sie ihre Stimme geben werde, wisse er nicht. (phh)

IN KÜRZE

Obama kündigt Rückzug an

NEW YORK. US-Präsident Barack Obama hat gestern Abend den vollständigen Rückzug aus dem Irak angekündigt. Die letzten 45000 US-Soldaten sollen den Irak vor Weihnachten verlassen. Verhandlungen über den Verbleib einer Eingreiftruppe von bis zu 5000 US-Soldaten waren zuvor daran gescheitert, dass die irakische Regierung den US-Soldaten keine rechtliche Immunität garantieren wollte. (sda)

MADRID. Mit Freude ist in Spanien die Nachricht aufgenommen worden, dass vier Jahrzehnte der Gewalt durch die baskische Terror-Organisation ETA zu Ende sein sollen.

RALPH SCHULZE

«Das ist ein Sieg der Demokratie», sagte Spaniens Regierungschef José Luis Zapatero. «Eine Demokratie ohne Terrorismus, aber nicht ohne Erinnerung.» Viele Jahre lang, «zu viele Jahre», habe Spanien unter den Attentaten der baskischen Terror-Organisation ETA gelitten. Auch nachdem die ETA nun die Waffen gestreckt habe, werde Spanien die 829 Todesopfer, welche die Terrorbande auf dem Gewissen habe, nicht vergessen. Am Vorabend hatten drei vermummte ETA-Terroristen per Video-Botschaft eine Erklärung verlesen, in der sie «das definitive Ende der bewaffneten Aktivität» verkündeten. Auf dem Video, das baskischen Medien zugespielt wurde, sieht man die übliche makabre ETA-Inszenierung, mit welcher die Separatisten stets ihre Verlautbarungen begleiten: Im Vordergrund ein Terror-Trio mit weissen Masken,

schwarzen Uniformen, Baskenmützen. Im Hintergrund das ETA-Wappen.

Die Terroristen verlangen von «den Regierungen Spaniens und Frankreichs» die Bereitschaft, über ein unabhängiges Baskenland zu verhandeln. Eine Forderung, die von Madrid und Paris bisher stets abgelehnt wurde.



«Das ist ein Sieg der Demokratie. Einer ohne Terrorismus»

José Luis Zapatero

Mit Empörung wurde in Spanien aufgenommen, dass in der ETA-Erklärung jene Mitglieder der Terrorbande, die im Gefängnis sitzen oder tot sind, als Helden gefeiert werden. «Ihnen gilt unsere Anerkennung und Ehrung.» Kein Wort der Reue für die vielen Mordanschläge der letzten Jahrzehnte, kein Wort der Entschuldigung für die Opfer des ETA-Terrors. Vielmehr eine zynische Rechtfertigung der Gewalt: «Der Kampf der langen Jahre hat diese Chance geschaffen.»

ETA streckt die Waffen

Das sieht der Rest Spaniens etwas anders: «Die ETA ist besiegt dank der unermüdeten Arbeit der Polizei», stellt Innenminister Antonio Camacho klar. Und er sieht keinen Grund, warum die Jagd auf die noch frei herumlaufenden ETA-Mitglieder nun beendet werden sollte. Die Sicherheitskräfte werden «mit derselben Stärke» weitermachen, versichert er.

Erfolgreiche Anti-Terror-Einheit

Camachos Anti-Terror-Einheiten waren in den letzten Jahren ausserordentlich erfolgreich: Gut 800 Terroristen sitzen hinter Gittern, die ETA-Führung wurde mehrfach zerschlagen. Die Bande, die 1959 gegründet wurde, ist militärisch am Ende, meinen die Sicherheitsexperten, dies habe ihre Friedensliebe nun wohl beflügelt. Auch skeptische Töne sind zu hören: Immerhin habe die ETA schon öfter Feuerpausen ausgerufen und diese immer wieder gebrochen. Der letzte Waffenstillstand wurde im September 2010 ausgerufen – und er hat glücklicherweise bis heute angehalten. Gleichwohl: «Die Spanier werden erst beruhigt sein, wenn sich die ETA auflöst und komplett entwaffnet wird», sagt jener Mann, der vermutlich in der Zukunft über den künftigen staatlichen Kurs ge-

genüber der ETA entscheiden muss: Mariano Rajoy, Vorsitzender der konservativen Volkspartei, wird in der nationalen Parlamentswahl am 20. November ein haushoher Sieg über Zapateros Sozialisten vorausgesagt. Und Rajoy's Konservative haben stets klargemacht, dass sie keine Zugeständnisse gegenüber der ETA machen wollen.

ANZEIGE

www.martinarnold.ch

in den Nationalrat
Martin Arnold
erfahren, integer, engagiert
für das Gewerbe nach Bern

2x auf Ihre Liste

KGv
KANTONALER GEWERBEVERBAND ZÜRICH
Geschäftsführer

Liste 1
SVP
Schweizer Gewerbeverband

ANZEIGE

FDP
Die Liberalen

LISTE 3
Kanton Zürich

Hans-Ulrich Bigler
in den Nationalrat
Die Stimme für Gewerbe und KMU.
Aus Liebe zur Schweiz.
www.hansulrich-bigler.ch